



“Vielen genügt das Kotelett im Teller”

Linke Politik vor den Wahlen: Hartnäckigkeit oder Abwarten?

Die Wahlsiege der “neuen Sozialdemokratie” haben die Mehrheiten in Europa verändert. Im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1999 hat MOMA mit Cécile Bühlmann, Ursula Koch und Franziska Teuscher über Orte und Subjekte linker Politik in der (noch) bürgerlich dominierten Schweiz gesprochen. Die Fragen stellten Roland Brunner, Maja Wicki und Kurt Seifert, die Abschrift besorgte Florian Wick.

Bei den Nationalratswahlen stellen sich für die Linke auch Fragen, die in den kurzfristig angelegten Wahlveranstaltungen oft verloren gehen. Welches sind für euch die zentralen Politikfelder, die Schwerpunkte eures Wahlkampfes?

Cécile Bühlmann: Es gibt für die Grünen nicht nur einen Schwerpunkt – auch wenn wir oft auf die Ökologie reduziert werden. Sozialpolitik ist ein starkes zweites Bein. Diese beiden Schwerpunkte versuchen wir in

der ökologischen Steuerreform zu verknüpfen. Diese haben wir nicht auf die Wahlen hin entwickelt, sie beschäftigt uns seit längerem und wird auch nach den Wahlen weitergeführt. Die rot-grüne Koalition in Deutschland verstärkt diese Idee, und Joschka Fischer erhofft sich einen markanten Fortschritt in nächster Zukunft auf Druck aus Deutschland und auch aus Frankreich hin. Wir müssen intelligente Wege finden, ökologische Fragen mit sozialen zu verbinden.

Ursula Koch: Ich möchte nicht bei einzelnen Politikbereichen, sondern auf einer anderen Ebene ansetzen. Im Zuge der Globalisierung wird die Politik als gesellschaftsgestaltende Kraft immer mehr zurückgedrängt. Die PolitikerInnen bemerken das zwar, wagen es aber nicht, sich damit vertieft auseinanderzusetzen. Der Kampf auf nationalstaatlicher, europäischer wie auch auf globaler Ebene muss sich daher hauptsächlich um die Rückeroberung des Politi-

schen drehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Bewusstseinsbildung: Die Menschen spüren die Zurückdrängung des Politischen, sie resignieren und ziehen sich zurück auf ihr ökonomisches Wohlergehen; das Kotelett im Teller genügt dann.

Wir haben zwanzig bis dreissig Jahre neoliberaler Indoktrination hinter uns, so dass viele – auch die Linke – diesen Jargon nachplappern und dieses Wertsystem übernommen haben. Es braucht ein Nachdenken der Linken über ihr Werte- und ihr Zielsystem. Will ich heute Politik machen, muss ich mir auf vielen Ebenen viel überlegen, viel analysieren, viele Strategien ausdenken und wieder Visionen und Utopien entwickeln, bevor ich mich einzelnen Politikfeldern widme, die vorwiegend technische Fragen des Know-how, des Managements sind. Diesen Fragen sollten wir uns auch stellen.

Cécile Bühlmann: Das sind die auch mir so wichtigen Themen, die leider für ein Wahljahr nicht verwertbar



Engagierte Politik, nicht nur für die Wahlen: Cécile Bühlmann, Nationalrätin des Grünen Bündnis Luzern (Grüne Partei), SPS-Präsidentin Ursula Koch und die grün-alternative Nationalrätin des Grünen Bündnis Bern Franziska Teuscher (v.l.n.r.).

sind, denn damit kann keine personality-Politik gemacht werden. Solche Fragen stellen einen ganz anderen Zugang zur Politik dar.

Franziska Teuscher: Fragen, die hier anknüpfen, sind: Was ist Politik? Verändert sich etwas in der Politik? In der institutionellen Politik verändert sich kaum etwas. Aber Politik ist ja nicht nur Parlamentspolitik, sondern auch die Politik der Umweltorganisationen oder Gewerkschafts-

Politik ist nicht nur Nationalratspolitik, sondern auch die Politik der Umweltorganisationen oder Gewerkschaftspolitik. Hier sollten wir für Veränderungen ansetzen.

politik. Hier sollten wir ansetzen, um Veränderungen zu erreichen. Ein mir wichtiges Thema ist die soziale Gerechtigkeit, die Verteilung von Arbeit, von Reichtum in unserer Gesellschaft. Daran knüpfen andere Politikfelder an. Über die Fragen der Arbeitsverteilung oder über die Geschlechterfrage stellen wir auch die Machtfrage. Die Machtfrage ist eine zentrale politische Frage der Linken schlechthin.

Cécile Bühlmann: Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Verteilung ist für mich die Grundmotivati-

on der politischen Arbeit überhaupt. Sonst könnte ich mich zurücklehnen und das Leben geniessen. Seit ich politisch tätig bin, nehme ich wahr, dass das Verteilungsungleichgewicht ständig zunimmt. Dadurch werden immer mehr Leute ausgegrenzt.

Ich muss einen Massstab haben für mein konkretes politisches Alltagsverhalten, ich brauche eine Überzeugung, eine Utopie, die ich im konkreten Fall anwenden und umsetzen kann. Solche Utopien haben nicht mehr viele PolitikerInnen.

Lässt sich diese linke Perspektive in Worte fassen als emanzipatives Weltbild? Solche Weltbilder werden ja heute der Linken eher abgesprochen.

Ursula Koch: Diese Diskussion beginnt von neuem, sie war lange Zeit verschüttet, sei es aus Resignation, aus einem Anpassungs- oder einem Legitimationsdruck. Die Bereiche, in denen wir traditionellerweise stark waren, nämlich kreatives Denken, Ideen entwickeln, experimentierfreudig sein, diese Fähigkeiten sind heute verschüttet. Ohne solche Visionen- oder Gedankenarbeit kann aber Politik nicht existieren. Ich stelle fest, dass viele Leute ein Riesenbedürfnis nach solchen Visionen haben, aber es ist nicht mehr "modern", man getraut sich nicht, dies zu benennen. Es gilt, dies wieder heranzuholen.

Müsste die Linke nicht zuerst den Freiheitsbegriff von den Bürgerli-

chen zurückerobern? Ohne Freiheit lässt sich doch kein emanzipatives Handeln, keine Gerechtigkeit beispielsweise in der Verteilung erreichen?

Ursula Koch: Freiheit und Gerechtigkeit sind sehr eng miteinander verknüpft. Freiheit nützt nichts, wenn die Mittel fehlen, sie auch zu gebrauchen.

Wer soll und kann das Subjekt linker Politik sein? Die unteren Schichten verfügen über keine politische Repräsentanz mehr, während die SPS ihre Unterstützung bei der Mittelschicht gewinnt.

Franziska Teuscher: Es wurde gesagt, die Menschen hätten sich von der Politik verabschiedet. Aber eigentlich hat sich die Politik von den Leuten verabschiedet. Die Frage der Armut wurde beispielsweise nicht von den linken Parteien aufgegriffen, sondern von den Gewerkschaften und der Caritas. Da wurde dann gestaunt, dass das grösste Armutsrisiko heute bei Familien liegt, dass es nicht nur alleinerziehende Frauen, sondern auch die Durchschnittsfamilie betrifft.

Wir müssen uns die Frage "Wo machen wir Politik?" auch auf der institutionellen Ebene immer wieder überlegen. Der Vorstoss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB um Minimallöhne und die Lohnfrage ist sehr wichtig. Diese Frage ist auch bei vielen Linken ein Tabu. Da

kommt eine gewisse Sättigung bei Linken in guten Positionen zum Ausdruck, die sich ihrer vielen Privilegien gar nicht mehr bewusst sind. Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen hingegen sind den ökonomischen Zwängen derart ausgesetzt, dass für sie eine freiheitliche Lebensgestaltung kaum möglich ist. Solche Fragen müssen wir aus den Bewegungen wieder auf die institutionelle Ebene bringen.

Cécile Bühlmann: Eine dieser Randgruppen, die du erwähnst, sind die MigrantInnen, die mittlerweile zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen. Es ist eine Katastrophe, dass sie keine Mitbestimmungsrechte haben und dieses Fünftel in der Politik dadurch einfach aus dem Wahrnehmungsbereich fällt. Sie sind ja für die institutionelle Politik als WählerInnen nicht interessant. Dass diese Menschen als Sündenböcke verwendet werden für alles, was schlecht läuft und seine Ursachen in Deregulierung und Neoliberalismus findet, und die Frustrationen der Bevölkerung auf diesem Segment der Bevölkerung ausgelebt werden, finde ich unglaublich. Mir als Mitglied der Rassismus-Kommission werden diese Prozesse immer stärker bewusst, aber viele von denen, die diese Abbauprozesse in Verwaltungen oder Firmen zu verantworten haben, sind sich nicht im Klaren, was sie eigentlich anrichten. Es fehlt an Bewusstsein für die Folgeschäden solcher Politik der Ausgrenzung und der Umlenkung der daraus entstehenden Frustrationen auf marginalisierte Randgruppen. Es braucht nur noch ein paar Funken, damit da schlimme Dinge passieren.

Ursula Koch: Wir erleben fast ein déjà-vu. In den Dreissigerjahren hatten wir auch Massen, die sich mobilisieren liessen. Linke, Juden, Zigeuner und Homosexuelle wurden zu Sündenböcken gemacht. Auch heute lässt sich das Kleinbürgertum gerne für solche Strategien einspannen. Darauf möchte ich jetzt nicht weiter eingehen.

Mich stören Pauschalurteile wie: "Die Linke macht nicht..., die Linke tut nicht..." Das erinnert mich an Menschen, die sagen: Was ich nicht kenne, existiert nicht. Es existiert

aber trotzdem. Zu Umverteilung, Arbeit, Armut, Familienpolitik usw. gibt es eine Menge Konzepte und Vorstösse der SPS im Parlament. Dass davon wenig realisiert wird, ist richtig, aber die Versuche sind da. Wer sagt, die Linke tut nichts, dem muss ich sagen, dass das nicht stimmt. Es stimmt aber, dass wir

Es gibt keine sozialen Bewegungen in unserem Land, es herrscht der Rückzug ins Private. Das Problem liegt nicht bei den Konzepten, auf der technischen Ebene, sondern bei der Mobilisierungskraft.

nicht die Mehrheiten besitzen, um uns durchzusetzen. Die Frage ist nun: Warum nicht? Meine Antwort: Weil es die Linke nicht versteht, Mehrheiten zu mobilisieren. Es gibt keine sozialen Bewegungen in unserem Land, es herrscht der Rückzug ins Private. Das Problem liegt nicht bei den Konzepten, auf der technischen Ebene, sondern bei der Mobilisierungskraft.

Das WählerInnenpotenzial der linken Parteien hat sich weg von den ArbeiterInnenschichten hin zu den Mittelschichten verschoben.

Da müssten sich linke Parteien doch überlegen, wie sie diese wieder gewinnen könnten. Sonst bleiben sie eine Partei von Altlinken, die für sich selbst Mittelstandspolitik betreiben.

Ursula Koch: Da bräuchte es zuerst einmal soziologische Analysen. Grundsätzlich muss man sich doch fragen: Wer interessiert sich überhaupt noch für Politik?

Franziska Teuscher: Es interessieren sich immer noch viele Menschen für Politik. Wir müssen uns aber überlegen, wie wir mit ihnen gemeinsam etwas verändern können. Denken wir an die Arbeitszeitverkürzung: Verschiedene linke Strömungen mögen schon lange gesagt haben, wie

nötig eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ist. Jetzt läuft eine Volksinitiative der Gewerkschaften, die Mühe hat, die nötigen Unterschriften zusammen zu bekommen. Weshalb? Weil viel zu wenig darüber diskutiert wird – auch in den Gewerkschaften. Auch die institutionelle Politik muss solche Fragen aufgreifen. Sonst denken die Menschen, diese Politik betreffe sie nicht, und sie ziehen sich zurück.

Es ist eine Realität, dass es im politischen Alltag keine linken Mehrheiten gibt. Es gilt darum, BündnispartnerInnen zu suchen. Diese gibt es auch in bürgerlichen Parteien. Sehr gefreut hat mich beispielsweise, dass meine parlamentarische Initiative zur Einführung einer Kinderrente in der Kommission mit Hilfe der CVP durchgekommen ist, obwohl überall Sozialabbau betrieben wird. Ich mache mir keine Illusionen, dass dies eine Veränderung ankündigt, aber hier haben wir einen konkreten Fall, in dem eine gewisse Einigkeit bestanden hat.

Damit ist angesprochen, dass grosse Konzepte schliesslich in konkrete Projekte gegossen werden müssen. Machen wir uns mit einem Vergleich zu den Dreissigerjahren nicht schwächer als wir sind? Wir haben ja auch einiges erreicht: Menschenrechte, grosse Konventionen (wie die Sozialcharta, Kinderkonvention) in den Verfassungen, Einklagbarkeit rassistischer Übertretungen...

Cécile Bühlmann: Tatsächlich haben wir grosse Fortschritte erzielt bei den internationalen Konventionen. Nur stellt der hirnwäscheartige neoliberale Diskurs um Deregulierung und Abbau sozialer Leistungen eine gegenläufige Tendenz dar. Die Frage nach der Einklagbarkeit, nach der Möglichkeit der Nutzung dieser Rechte stellt sich. Dazu braucht es zuallererst das Wissen bei den Menschen, dass diese Rechte existieren. Es braucht auch viel Mut, einen Gang nach Strassburg zu wagen. Ich glaube, der neoliberale Trend ist viel entscheidender als das Vorhandensein dieser guten Instrumente.

Ursula Koch: Ich möchte auf den Vergleich zu den Dreissigerjahren

Frauenwahl 99?

„Frauen sind zu wenig solidarisch mit Frauen“ lautet termingerecht auf Wahlen hin der Unkenruf. Dabei kann sich der „Rest der Gesellschaft“ durchaus ein Beispiel nehmen an der starken Solidarität unter Frauen, schreibt *Yolanda Cadalbert-Schmid* in der neuesten Ausgabe von *NORA*, die sich den Wahlen '99 widmet. Sie unterscheidet allerdings klar die private von der öffentlichen Sphäre. In letzterer gelte es für die Frauen, aus der historisch zwar begründeten, aber reduktionistischen Opferrolle herauszukommen. In diesem Zusammenhang sollten Frauen lernen, mit anderen Frauen öffentlich ideologisch zu streiten. Ohne Anerkennung unterschiedlicher Stile drehten sich die Frauen weiterhin im Kreis. Eine solche Streitlust bringt aber für *Cadalbert-Schmid* nichts ohne Differenzierung: Es sei klar zu trennen zwischen gruppenspezifischen und übergreifenden geschlechterspezifischen Interessen, die Solidarität brauchen und ermöglichen.

Zur Frage, ob Solidarität unter Frauen die Konkurrenz unter Frauen verhindere, schreibt die Grossrätin *Sibylle Schürch* (SP/Basel-Stadt): „Denkste. Lange haben wir als Erstes nach der vielgepriesenen Frauensolidarität gesucht und sie nicht wirklich gefunden.“ Sie und Kolleginnen konnten/wollten im Gespräch eine „frauenspezifische Art“ nicht festlegen, einigten sich aber auf einen „Knigge über das Verhalten von Frauen in Konkurrenzsituationen.“

Die Trends für die Wahlen 1999 zeigt der Politologe *Werner Seitz* auf. In den Wahlen 1995 steigerten sich die Frauen gegenüber 1991 um 4 Prozent, hatten aber dennoch nur 21,5 Prozent der Sitze inne (43 absolut). An dem änderte sich auch durch Rücktritte und Ersatzwahlen nur wenig. Markant ist die Tatsache, dass fast drei Fünftel aller Parlamentarierinnen bei der SPS oder den Grünen sind. Der Frauenanteil seit 1995 in den kantonalen Parlamenten liegt gegenwärtig bei 24,5 Prozent (722 Sitze von Frauen).

Dabei wurde die Steigerung des Frauenanteils von 2 Prozent von allen nennenswerten Parteien getragen. Absolut gesehen sind die bürgerlichen Parteien aber peinlich weit im Hintertreffen: Bringen es die SPS auf 42, die PdA auf knapp 49 und die Grünen auf etwas über 51 Prozent Frauenanteil, findet sich bei der FDP ein Anteil von knapp 19, bei der CVP von etwas über 17 und bei der SVP von 11,5 Prozent. Ob die kümmerlichen Anteile der Rechtsparteien (SD, EDU, FP, Lega) nicht auch mit deren Programm zusammenhängen, lässt sich dem Artikel von *Seitz* nicht entnehmen. Die höchsten Anteile in Kantonsparlamenten finden sich in Genf, Obwalden und Basel-Stadt, die niedrigsten in Schwyz, Glarus und Tessin. Insgesamt erwartet *Seitz* eine weitere leichte Verbesserung der Frauenanteile.

Wie frau eine Wahl gewinnt, beschreibt *Ruth Leutenegger*, Parteisekretärin der SP Thurgau: es gilt, mehrere Sinne gleichzeitig anzusprechen. Wenn dann die Kandidatin noch geeignet ist, ihre Stärken hervorzukehren weiss, die Leute anspricht, die sie auch ansprechen möchte und sich bei diesen auch gut „verkauft“, dann stehen die Chancen gut.

Über die Lust und den Frust von Frauen, die eine politische Karriere anstreben, unterhielt sich *NORA* mit der SP-Regierungsratskandidatin *Dorothee Jaun* (Zürich); auch wird die SP-Nationalrätin *Christine Keller* „voll im Leben“ vorgestellt. Ebenfalls lässt sich dem Heft entnehmen, wie die Parteien auf das überparteiliche Manifest der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen „Mehr Frauen ins Parlament!“ reagiert haben. Und weil auch mehr Junge ins Parlament sollen, findet sich auch ein Interview mit den Präsidenten der Jungparteien von FDP, SPS, SVP, CVP.

NORA. Die Frau in Leben und Arbeit, Heft 1/99. Abos bei: *NORA*, c/o EDP-Services AG, Ebenastr. 10, 6048 Horw oder über Tel. 031/368 18 10.

zurückkommen. Analysen zeigen auf, wie Menschen in bestimmten ökonomischen Situationen reagieren. Besteht ein Klima der Angst, der Verunsicherung, dann ist es die Aufgabe der Politik, dagegen zu wirken. Der neoliberale Diskurs hat aber dazu geführt, dass das Subjekt, mit dem (und nicht für das) Politik gemacht wird, marginalisiert worden ist.

Viele soziale Bewegungen sind auf Grund gelaufen. Wie schaffen wir es, Menschen aus dem Rückzug ins Private wieder in die Politik zu holen? Wie machen wir klar, dass Politik sie auch sie betrifft?

Franziska Teuscher: Mir klingt das zu pessimistisch. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur Rückschläge erlitten, ich denke an die Revisionen von Arbeitsgesetz und Arbeitslosenversicherung. Dort ist es gelungen, die Menschen wieder betroffen zu machen und damit gegen die neoliberale Politik ein Zeichen zu setzen.

Dann sollte die Linke vielleicht etwas weniger Mittelstandspolitik betreiben?

Ursula Koch: Es stimmt einfach nicht, dass die Linke eine Mittelstandspolitik betreibt. Mit solchen Aussagen werden die Menschen reduziert auf ihre ökonomischen Interessen, als ob Menschen eindimensionale Wesen wären, die sich nur für ihre eigenen ökonomischen Interessen einsetzen. Das greift zu kurz. Man kann aus Empörung über Ungerechtigkeit oder Verletzung von Menschenrechten Politik machen, auch wenn man gut verdient. Es gibt zwar von ihrem Einkommen her sehr viele mittelständische Linke, das bedeutet aber nicht, dass sie eine Mittelstandspolitik betreiben. Betrachten wir die politische Agenda, dann ist das weiss Gott keine Mittelstandspolitik. In erster Linie ist es eine Umverteilungspolitik zugunsten der unteren Schichten.

Cécile Bühlmann: Dem stimme ich zu. Wollte ich selber nur meine Interessen verteidigen, hätte ich beispielsweise für die Wohneigentumsinitiative gestimmt, denn ich besitze

mit FreundInnen zusammen ein Haus. Natürlich gibt es Menschen, die den Kopf schütteln und sagen: Du stimmst gegen deine eigenen Interessen. Dort merke ich, dass ich ein anderes Verständnis von Politik habe. Da ich keine eigenen Kinder habe, müsste ich mich in dieser Logik auch nicht für die Mutterschaftsversicherung einsetzen, wie ich es seit Jahren tue. Seit es die Grünen gibt, fällt auf, dass die MitgliederInnen aus gut ausgebildeten Mittelschichten stammen.

Ursula Koch: Wieder stellt sich damit die Frage nach dem politischen Subjekt. Wir leben in einer ausgesprochenen Klassengesellschaft. Wer das Links-Rechts-Schema als überholt bezeichnet, erzählt Humbug. Krass gesagt, halten wir uns Sklaven, die nichts zu sagen haben, die als politische Subjekte nicht existieren, die a priori politisch entmündigt sind. Sie stellen eigentlich das klassische Proletariat dar, das den grössten ökonomischen Druck und die grösste Deprivilegierung der Freiheiten zu tragen hat. Und dieses Proletariat hat keine Möglichkeiten, sich politisch-institutionell zu artikulieren.

Wir können gar nicht mit diesen Menschen arbeiten. Wenn jemand behauptet, wir wollen nicht mit ihnen zusammenarbeiten, sondern nur für die Mittelschicht politisieren, ist das nicht wahr. Ich könnte für Zürich viele Beispiele nennen, was wir dort alles versucht haben, um mit PortugiesInnen, SpanierInnen, TürkInnen zu arbeiten. Es war aber absolut unmöglich. Es war einfach kein Interesse vorhanden. Es kamen immer die drei, vier gleichen Interessierten.

Das Ende des Links-Rechts-Schemas wurde von Anthony Giddens, dem Chefdenker der heute regierenden englischen Sozialdemokratie behauptet. Mit seinem Programm hat New Labour die Wahlen gewonnen. Man spricht vom Zeitalter der Sozialdemokratie. Seht ihr in Europa eine neue Politik oder nur neue Politiker?

Cécile Bühlmann: Ich habe den deutschen Koalitionsvertrag gelesen. Wir hätten eine andere Schweiz, wenn die darin festgehaltenen Ziele

bei uns verwirklicht werden könnten, auch wenn es noch nicht das Gelbe vom Ei ist. Denken wir an die Ökologisierung, an die Umverlagerung, die Verteuerung der Energie und Entlastung der Arbeitsnebenkosten oder

Ich habe den deutschen Koalitionsvertrag gelesen. Wir hätten eine andere Schweiz, wenn die darin festgehaltenen Ziele bei uns verwirklicht werden könnten.

an den Atomausstieg. Wird das in den nächsten vier Jahren wirklich umgesetzt, so ist dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Franziska Teuscher: Auf dem Papier sieht der Vertrag tatsächlich gut aus. Aber die Umsetzung wird schwierig sein. Wir können die Verhältnisse in Deutschland auch nicht auf die Schweiz übertragen, weil wir ein ganz anderes politisches System haben. Wir müssen innerhalb unseres Systems Veränderungen bewirken. Der Blick nach Deutschland kann dazu allerdings sehr motivieren.

Die Schweiz ist bekannt als Land der Sozialpartnerschaft, des Arbeitsfriedens und der Zauberformeln. Wo seht ihr die Rolle linker Politik in unserer Konkordanzdemokratie?

Cécile Bühlmann: Wir drei haben da unterschiedliche Rollen. Die Grünen sind im Parlament die grösste Nicht-Regierungsfraktion. Als Partei verstehe ich unsere Rolle so, dass wir Ideen liefern und in die Zukunft blicken –, Ideen, die irgendwann mehrheitsfähig werden sollen.

Die SP ist da mehr von der Realpolitik geprägt.

Ursula Koch: Nicht nur, sondern auch. Wir beteiligen uns als Linke in der Minderheit an einer Regierung mit einer klaren bürgerlichen Mehrheit.

In letzter Zeit höre ich oft: Hätten wir doch das selbe System wie in Österreich oder Deutschland mit wechselnden Mehrheiten. Aber das System ist nicht der springende Punkt. In Deutschland hat die Linke im Wahlkampf bereits alle Konzessionen gegenüber den WählerInnen vorweggenommen, um überhaupt zu einer Mehrheit zu kommen. Bei uns läuft das anders. Wir müssen in unseren Programmen keine Konzessionen an gewünschte Mehrheiten machen. Aber Kompromisse und Zugeständnisse machen wir jeden Tag, sonst kommen wir in einer bürgerlichen Gesellschaft nicht voran. Letztlich spielt das System keine Rolle, sondern es zählen die Resultate für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite leben. Die Zauberformel, über die jetzt so heftig diskutiert wird, und all die anderen Nebensächlichkeiten sind überhaupt nicht wesentlich.

Cécile Bühlmann: Die Schweiz bringt mit ihrem anderen politischen System auch nicht völlig andere gesellschaftspolitische Resultate hervor als die anderen Länder.

Franziska Teuscher: Ich würde nicht behaupten, dass die Resultate vom politischen System völlig unabhängig sind. Mit den direktdemokratischen Instrumenten können die Menschen hier partizipieren. Daraus resultiert eine unterschiedliche Art der Politik. In der Konkordanzpolitik nimmt die Sozialdemokratie eine spezielle Rolle ein, denn sie profitiert von diesem Machtkartell, äussert aber immer wieder in der Öffentlichkeit, sie sei halt eine Minderheitspartei. Wir Grün-Alternativen stellen radikalere Fragen ohne Rücksicht auf gewisse Abkommen. Mit diesen Fragen muss sich die SP immer wieder auseinandersetzen.

Die Ressourcenfrage beispielsweise wird uns in den nächsten Jahren stark beschäftigen. Mit Moritz Leuenberger als Energieminister müsste die SP hier eine viel pointiertere Rolle einnehmen. In der Frage der Atomtransporte oder der Verlängerung der Betriebsbewilligung von AKW haben sich die Nachteile dieses Eingebundenseins gezeigt.

Wie können Fragen, die zurzeit nur im Bewusstsein von Minder-

GIFT UND GALLE

Qchuote

Uchi Ch. Chäschтли

Noldi: Grrüess dichch, Dölf. Du siescht aberr nicht gut aus. Herrscht kcheinä Freude mehr?

Dölf: Salü, Noldi, das ischt wägen deynem Rückchtritt.

Noldi: Ja hörr dochch auf, so guet hascht du michch ja auchch nicht gemochcht.

Dölf: Ja ney ney, wägen dier ischt es mir schon gleych, nimms mier nicht kechrumm. Aber weyscht, jetzt kchommen wieder alle diese Qchuoten, wo mann dann vööllig danäben ischt.

Noldi: Ja, ichch weiss, du hascht Schuldgeföhlä, dass du kcheine Frau bischt, kchenn ichch, kchenn ichch.

Dölf: Und dann heysst es, nicht nochch so eynen von der Äsvoupee!

Noldi: Und Alte haben wirr auchch schon genug, und dein Gesicht schtimmt nicht, da heisst es: Den kchann man dochch nicht neben Joschkeha Fischerr stellen.

Dölf: Säg nüüt! Wägen dä Fischer wollen die jetzt auchch nochch eine Schprachqchuote.

Noldi: Was ischt denn das?

Dölf: Ein Kchommittäa zum Schutz der Ohren der Böörgger verlangt, dass Bundesrääte ein Minimom an Aussprachche-Rägeln beherrschen müssen.

Noldi: Auweia, Dölf, das ischt ja nochch härter als die Frouenqchuote.

Dölf: Säg nüüt! Ichch habe grosse Luscht, ouch gleichch zurückchzutreten.

Noldi: Aushalten! Dölf, halte ous für den Schweizer Mann! Wirr helfen dier.

Dölf: Wär ischt wirr?

Noldi: Sags aberr niemandem: Die SÄMSP. Wirr haben eine Selbschthilfegruppe Älterer Männlichcher Schweizerr Politikherr gegründet. Du, das ischt toll, da kchannschd du reden, wie dier der Schnabel gewachsen ischt, und alle verschtehen dichch bis in dein tiefschtes Inneres, du muscht auch mal kchommen.

Dölf: Souguet. Darf ichch das in där Äsvoupee weytersagen?

heiten drängend sind, auf die politisch-institutionelle Ebene gebracht werden?

Cécile Bühlmann: Die ökologische Frage ist noch schwieriger zu portieren und zu politisieren als die soziale. Ökologie hat bisher noch wenig mit dem Leben der Menschen zu tun, auch wenn das Wissen um die Problematik vorhanden ist. Auch aus der politischen Agenda ist diese Frage verschwunden. Das Ökonomische überdeckt gegenwärtig einfach alles.

Ursula Koch: Es gibt weltweit unzählige Beschwichtigungsversuche, aber nirgends eine Politik, die alle Probleme rechtzeitig lösen kann.

Es gibt weltweit unzählige Beschwichtigungsversuche, aber nirgends eine Politik, die alle Probleme rechtzeitig lösen kann.

Damit will ich sagen: Es handelt sich nicht nur um die Frage der Zeit. Es stellt sich auch die Frage: Wer trägt und setzt diese Politik ohne Tyrannei durch? Wer trägt, auch bei demokratischer Mitwirkung der Völker, die Politik, die noch zur rechten Zeit kommt?

Franziska Teuscher: Ich würde es nicht so negativ sehen, dass Ökologie kein Thema mehr ist. In der Energiefrage zum Beispiel passiert nicht einfach nichts. Energieabgaben werden diskutiert, erneuerbare Energien sollen anlässlich des neuen Elektrizitätsmarkgesetzes gefördert werden... Bei solchen Fragen haben wir Ansatzpunkte, um weiterzukommen. Wir müssen den Druck aufbringen, dass die AKW abgeschaltet werden und dass die Bürgerlichen von ihrem Versorgungsdruck-Diskurs endlich abkommen.

Wir müssen bei bestimmten Themen einfach hartnäckig genug sein, dann können auch radikale Positionen mehrheitsfähig gemacht werden. Wir haben die guten Ideen.

Ursula Koch: Das stimmt, aber wir müssen die Strategie der Schnecke anwenden, der langsamen, zähen Überzeugungskraft. Denken wir an die Mutterschaftsversicherung: 53 Jahre haben wir darauf gewartet. Die Frage stellt sich, ob wir für alle Probleme so viel Zeit haben.

Franziska Teuscher: Betrachten wir die Frage der nachhaltigen Entwicklung. Institutionell ist sie ab-

Wir sind diejenigen, die Vorschläge ausarbeiten können und Ideen bringen müssen, auch auf der Ebene der institutionellen Politik.

gesegnet. Aber es passiert in der Schweiz relativ wenig, auch mit der Rio-Konvention. Als linke Politikerin kann ich diese Konvention nicht den Umweltorganisationen allein überlassen. Wir sind diejenigen, die Vorschläge ausarbeiten können und Ideen bringen müssen, auch auf der Ebene der institutionellen Politik.

Was erhofft ihr euch von den Nationalratswahlen?

Ursula Koch: Eine Verstärkung unserer Mandate und damit mehr Einfluss. Daneben sind Wahlen auch dazu da, die eigenen Positionen und Ideen zu klären und zu vertreten.

Cécile Bühlmann: Auch ich erhoffe mir mehr Mandate. Ich bin allein in einer Nationalratskommission, auch Franziska ist allein. Das bedeutet enorme Arbeit. Wären wir stärker, könnten wir diese Arbeit besser aufteilen.

Franziska Teuscher: Betrachte ich die Fragen der Politik in den nächsten Jahren, müssen die Rot-Grünen und auch die SP unbedingt ihre Positionen ausweiten. Die Zukunft gehört Rot-Grün.